IG Metall Aalen

zur

Demo "CETA & TTIP STOPPEN!"

nach Stuttgart auf.

Sie findet statt:

Samstag, 17. September 2016, ab 12 Uhr am Hauptbahnhof Stuttgart (Ort der Auftakt- und Abschlusskundgebung)

IG Metall-Mitglieder sind eingeladen, gemeinsam mit dem **Bus** zur Demonstration anzureisen.

Busabfahrt am 17. September 2016:

ab Ellwangen, Schießwasen: 10:00 Uhr

ab Aalen, Greutplatz: 10:30 Uhr

Anmeldung:

Bitte meldet Euch bis zum **8. September** im DGB-Büro Aalen an: E-Mail: **aalen@dgb.de**

Zur Anmeldung benötigen wir:

Name, Kontaktdaten (E-Mail/Tel./Mobiltel.), Gewerkschaft und Abfahrtsort

Bitte sorgt eigenverantwortlich für eure Verpflegung.

Weitere Interessierte:

Auf Nachfrage nehmen wir gerne KollegInnen von anderen Gewerkschaften und weitere TTIP-GegnerInnen auf die Interessiertenliste für den Bus mit auf. Wir hoffen auf euer Verständnis, dass wir nicht vor dem 9. September Bescheid geben können, ob es mit der Mitfahrt klappt oder nicht.

AUFRUF ZU BUNDESWEITEN GROSSDEMONSTRATIONEN AM 17. SEPT. 2016 IN SIEBEN STÄDTEN
BERLIN FRANKFURT/MAIN HAMBURG KÖLN LEIPZIG MÜNCHEN STUTTGART







CETA und TTIP, die Abkommen der EU mit Kanada und den USA, drohen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu untergraben.

Im Herbst geht diese Auseinandersetzung in die heiße Phase: EU und USA drücken aufs Tempo und wollen TTIP bis zum Jahresende fertig verhandeln.

CETA ist bereits fertig verhandelt.

EU-Kommission und Bundesregierung wollen, dass das Abkommen beim EU-Kanada-Gipfel im Oktober offiziell unterzeichnet wird. Zuvor müssen sowohl der EU-Ministerrat als auch die Bundesregierung entscheiden, ob sie CETA stoppen. CETA dient als Blaupause für TTIP. Schon mit CETA könnten Großunternehmen über kanadische Tochtergesellschaften EU-Mitgliedsstaaten auf Schadensersatz verklagen, wenn neue Gesetze ihre Profite schmälern.

Kurz vor diesen Entscheidungen tragen wir unseren Protest gegen CETA und TTIP auf die Straße! Getragen von einem breiten Bündnis demonstrieren wir mit weit über hunderttausend Menschen am Samstag, den 17. September in sieben Städten – in Berlin, Frankfurt/Main, Hamburg, Köln, Leipzig, München und Stuttgart.

Damit fordern wir auch die Landesregierungen auf, im Bundesrat CETA und TTIP nicht zuzustimmen.

Wir sind Teil einer transnationalen Bewegung:

Auf beiden Seiten des Atlantiks streiten wir zusammen mit unseren Freund/innen und Partner/innen in Kanada und USA gegen Abkommen, die vor allem mächtigen wirtschaftlichen Interessengruppen dienen und somit das Ungleichgewicht zwischen Gemeinwohl- und Wirtschaftsinteressen festschreiben.

Hier wie dort treten wir für eine gerechte Handels- und Investitionspolitik ein,

die auf hohen ökologischen und sozialen Standards beruht und nachhaltige Entwicklung in allen Ländern fördert. Sie muss insbesondere

- Demokratie und Rechtsstaat f\u00f6rdern sowie die Gestaltungsm\u00f6glichkeiten von Staaten, L\u00e4ndern und Kommunen f\u00fcr die Zukunft sichern,
- nationale wie internationale Standards zum Schutz von Mensch, Umwelt und guter Arbeit stärken sowie
- die Entwicklung einer gerechten Weltwirtschaftsordnung f\u00f6rdern.

Wir brauchen soziale und ökologische Leitplanken für die Globalisierung.

Doch CETA und TTIP gehen in die falsche Richtung: Der "Wert" des Freihandels wird über die Werte ökologischer und sozialer Regeln gestellt. Sonderklagerechte für Investor/innen gefährden demokratische Handlungsfreiheiten.

CETA, TTIP und das Dienstleistungsabkommen TiSA setzen öffentliche und
gemeinnützige Dienstleistungen und
Daseinsvorsorge, kulturelle Vielfalt und
Bildungsangebote unter Druck. Sie ziehen
die falschen Lehren aus der Finanzkrise,
stärken transnationale Konzerne und
schwächen kleine und mittelständische
Unternehmen, auch in der Landwirtschaft.
CETA und TTIP grenzen die Länder des
globalen Südens aus, statt zur Lösung
globaler Probleme wie Hunger, Klimawandel und Verteilungsungerechtigkeit
beizutragen.

Wir treten daher für internationale Abkommen ein, die

- Umwelt-, Sozial-, Daten- und Verbraucherschutzstandards erhöhen statt sie zu senken oder auszuhebeln;
- Arbeitsstandards wie die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) festschreiben statt sie auszuhöhlen;
- öffentliche und gemeinnützige Dienstleistungen und Daseinsvorsorge stärken statt sie zu schwächen;
- kulturelle Vielfalt und öffentliche
 Bildungsangebote fördern statt sie als
 Handelshemmnis zu betrachten:
- bäuerliche und nachhaltige Landwirtschaft sowie artgerechte Tierhaltung voranbringen statt Gentechnik und industrielle Landwirtschaft zu fördern:
- die Macht von Konzernen und Finanzmarkt-Akteuren begrenzen statt sie zu vergrößern;
- global ausgerichtet sind statt die Mehrheit der Menschen auszugrenzen und
- transparent und offen verhandelt werden statt geheim und in Hinterzimmern.

HIERFÜR GEHEN WIR AM SAMSTAG, DEN 17. SEPTEMBER IN BERLIN, FRANKFURT/MAIN, HAMBURG, KÖLN, LEIPZIG, MÜNCHEN UND STUTTGART AUF DIE STRASSE. DEMONSTRIEREN SIE MIT!

